

## Zur Geschichte der Bundeswehr

Schon während des Zweiten Weltkrieg 1942/43 wurden konkrete Nachkriegspläne von der NS-Führung den und Monopolen entworfen, wie ein Europa unter deutscher Führung auszusehen hat. Das Auswärtige Amt entwarf im September 1943 eine Denkschrift zur Notwendigkeit einer Einigung Europas. Zu einem Zeitpunkt, wo der Massenmord der Deutschen an den Völkern der Welt einen Höhepunkt erreichte.

Auch die Wehrmachtsführung war zum Ende des Krieges keineswegs gebrochen. Im Gegenteil: die Hitler-Generäle entwarfen die militärischen Nachkriegsstrukturen mit konkreter personeller Besetzung. Doch das Potsdamer Abkommen machte den faschistischen Generälen einen Strich durch die Rechnung.

Nach der Niederschlagung der faschistischen Herrschaft unterzeichneten im August 1945 die Alliierten (die Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien und die USA) **das Potsdamer Abkommen**, in dem es u.a. heißt:

- völlige Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands und Beseitigung der gesamten deutschen Industrie, die für Kriegsproduktion genutzt werden kann.

- Die nationalsozialistische Partei, mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen sind zu vernichten, alle nazistischen Ämter sind aufzulösen, es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wiederauferstehen können, jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.

Im Herbst 1945 verfassten sechs führende Wehrmachtsgeneräle eine Denkschrift über eine Entschuldigungsstrategie hinsichtlich der anstehenden Nürnberger Prozesse.

Gleichzeitig versuchten die Wehrmachtsgeneräle sich den Westalliierten anzubiedern (wenn sie nicht abtauchten), um einerseits eine Duldung der Restaurierung der Wehrmacht zu erreichen, andererseits die eigene Haut zu retten. So wurden sie von den amerikanischen und britischen Alliierten in sogenannte Dienstgruppen eingesetzt, in denen sie für die Alliierten tätig waren.

Seit Herbst 1947 wurde von den amerikanischen und britischen Alliierten ein antikommunistischer Kurs gegen die Sowjetunion und den Kommunisten im Inland eingeschlagen. Das gab Oberwasser der faschistischen Generalität.

1948 gab es geheime Absprachen von der Adenauer-Regierung mit den Westalliiertenvertreter zur Bildung einer eigenen Armee. Es wurde ernsthaft die atomare Bewaffnung Westdeutschlands gefordert.

### Geheime Planungen zum Wiederaufbau des Generalstabes aus der Wehrmacht

Am 24.5.1950 wird der Panzergeneral Graf v. Schwerin von Adenauer zum 'Berater in technischen Fragen der Sicherheit' bestimmt und bildet die 'Zentrale für Heimatdienst'. In ihr wurden die Pläne einer zukünftigen Armee entwickelt und das bedeutende Treffen in der Eifel vorbereitet. Sie beriet auch Adenauer bei Verhandlungen über die Wiederaufrüstung und Integration in europäische Militärbündnissen.

14.8.1950 legte Bundeskanzler Adenauer dem Kabinett eine Denkschrift über die äußere Sicherheit vor, die von den Hitler-Generälen: Speidel, Heusinger und Foertsch entworfen wurde.

Am 28. August traf sich Adenauer mit DGB-Vorsitzender Hans Böckler und erreichte eine Absicherung von den Gewerkschaften, dass sie keinen Protest entwickeln gegen die Remilitarisierung. Im Gegenzug verlangte Böckler von Adenauer ein entgegenkommen in der Mitbestimmungsfrage.

Adenauer machte in dieser Phase viele Alleingänge, ohne das Kabinett zu informieren, um sie anschließend vor vollendete Tatsachen zu stellen.

## Die Denkschrift von Himmerod

Vom 5. bis 9. Oktober 1950 trafen sich in einer geheimen Tagung im Eifelkloster Himmerod 15 ehemalige Wehrmachtsoffiziere, darunter 10 Generäle/Admiräle und Generalstabsführer. Dort arbeiteten sie eine Denkschrift aus, mit dem Titel: „Über die Aufstellung eines deutschen Kontingents im Rahmen einer übernationalen Streitmacht zur Verteidigung Westeuropas“ (mit 52 Seiten).

Darin fordern die ehemaligen Wehrmachtsgeneräle:

- eine deutsche Armee mit 12 Divisionen zur Verteidigung Westeuropas
- die Freilassung, der als Kriegsverbrecher verurteilten Deutschen“ und ein Ende der Diffamierung des deutschen Soldaten (einschließlich der im Rahmen der Wehrmacht eingesetzten Waffen SS)
- Maßnahmen zur Umstellung der öffentlichen Meinung im In- und Ausland
- Aufhebung der Kontrollratsgesetze
- militärische Gleichberechtigung der westdeutschen Bundesrepublik im Rahmen der europäischen-atlantischen Gemeinschaft
- volle Souveränität der westdeutschen Bundesrepublik

Mit der Himmeroder Denkschrift von 1950 wurden die Grundlagen für den Aufbau der späteren Bundeswehr geschaffen.

Die ehemaligen Wehrmachtsgeneräle forderten u. a. die Rehabilitierung der Soldaten der faschistischen Hitlerarmee als Voraussetzung zur Bildung einer neuen Armee.

Aus dem Himmeroder Kreis gingen sieben Generäle und ein Admiral für die Bundeswehr hervor.

Eine Eingliederung kleiner deutscher Verbände in Einheiten der Westmächte wurde von Hitler-Generälen abgelehnt. Im Falle eines Angriffs der Roten Armee soll die Verteidigung so weit östlich und so offensiv wie möglich geführt werden. Ansonsten sollen die Grundsätze des politischen Aufbaus der BRD, soweit dies möglich ist, auf die Gliederung des Militärs übertragen werden.

Die Aufstellung des Heeres wird in drei Phasen eingeteilt, von der die erste ('Sofortmaßnahmen') bereits im Herbst 1950 beginnen soll.

Die amerikanischen Alliierten hatten nach dem Treffen in Himmerod konkrete Bedingungen für die Bildung einer deutschen Armee gestellt:

- keine eigenständigen deutschen Heere
- keine Luftwaffe
- max. Truppenstärke: ein Fünftel der europ. Gesamtstärke
- Aufrechterhaltung bestehender Industriebeschränkungen
- Kontrolle über die Wahl der eingesetzten deutschen Offiziere

Die Adenauerregierung hatte die Gleichberechtigung der Armeen gefordert und damit eine souveräne deutsche Armee.

Frankreich war schärfster Gegner des Aufbaus einer eigenständigen deutschen Armee und schlug im Dez. 1950 den "Pleven-Plan" vor. Nach ihm sollte eine deutsche Armee in kleinsten Einheiten (Bataillone) zergliedert, in eine europäische Armee eingebunden werden und damit keine Eigenständigkeit besitzen. Diesen Plan lehnte Adenauer ab.

Die Sowjetunion schlug hingegen die Bildung ein einheitliches demokratisches Deutschland vor, Auflösung des Separatstaates BRD und sprach sich scharf gegen die Bildung einer BRD-Armee aus.

Ende des Jahres 1950 setzte Adenauer den treuen Theodor Blank offiziell zum Beauftragten des Bundeskanzler für die Remilitarisierung ein. Damit war das sogenannte „Amt Blank“ installiert.

Theodor Blank wurde später erster Kriegsminister der BRD.

9.1.1951 fand ein Treffen der (west)alliierten Hochkommission in Petersberg statt. Dort gestatteten sie der BRD eine eigenständige Armee, eine militärische Gleichberechtigung und finanzielle Unterstützung.

Die sowj. Regierung schlug hingegen vor, um eine Remilitarisierung zu verhindern, die Einhaltung des Potsdamer Abkommens:

- eine provisorische gesamtdeutsche Regierung
- durch einen Friedensvertrag mit Deutschland
- Abzug der Besatzungstruppen binnen Jahresfrist, im engen Einvernehmen aller Siegermächte

### Vereinbarung bzw. Abkommen der Imperialisten bzgl. dem deutschen Militär

März 1948 wurde der Brüsseler Beistandsvertrag gegen den deutschen Imp. unterzeichnet. Er wurde von fünf westeuropäischen Staaten unterzeichnet und sollte die zukünftige westdeutsche Armee in die europäischen Armee einbinden. Daraus entstand später die Westeuropäische Union (WEU).

Die Bildung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) scheiterte 1954 an den Votum von Frankreich und Italien. In ihr sollte die Armee der BRD integriert aufgebaut werden. Dies war hauptsächlich Frankreich zu gefährlich. Großbritannien jedoch drängte zur Wiederaufrüstung der BRD in einem westeuropäischen Bündnis und drohte Frankreich notfalls alleine mit den USA den Weg zu gehen.

Frankreich lenkte ein, um sich nicht weiter zu isolieren. So wurde 1954 die WEU gegründet. In ihr waren zur Gründung sieben europäische Staaten vertreten: GB, Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg, Italien und die BRD.

### Bundeswehr in der Tradition der Wehrmacht

Das Amt des Theodor Blank zur Remilitarisierung der deutschen Armee unterstand dem Bundeskanzleramt und beschäftigte u.a. etwa 300, überwiegend Wehrmachtsoffiziere, zur Aufbauplanung der Armee und Schaffung der Grundlagen für den künftigen deutschen Generalstab.

1951 wurden die militaristischen Traditionsverbände wieder zugelassen. Ende 1951 gab es schon wieder 36 verschiedene militaristische Großverbände.

Die Bundeswehr wurde am 12. November 1955, mit der Ernennung von 101 Berufssoldaten in der Ermekeil-Kaserne bei Bonn, die Bundeswehr gegründet.

Nach einer Allensbacher Umfrage 1956 waren 35 % der Bevölkerung für die Armeebezeichnung „Wehrmacht“ (nur 25 % für „Bundeswehr“). Das zeigt welcher Geist noch bei den Armeebefürwortern im ersten Jahr der Gründung steckte.

Ende 1956 waren von 38 Bundeswehr-Generälen 31 aus dem Generalstab der Wehrmacht, 100 von 237 Oberste und 84 von 225 Oberleutnante in der Bundeswehr. 681 Ritterkreuzträger der Hitler-Wehrmacht wurden in der Bundeswehr aufgenommen.

Etwa 60 % der Offiziere kamen vom BGS. Der BGS wurde 1951 gegründet aus Soldaten der Wehrmacht oder der faschistischen Polizeikräfte. In ihren Lehrbuch (hrsg. BMI) ist die Rede von der „Verteidigung des Abendlandes“ gegen die „Horden des Ostens“; da wird die physische Vernichtung des „roten Gegners“ als Kampfauftrag gelehrt und die Polizei darauf vorbereitet, notfalls Teile der eigenen Bevölkerung umzubringen; da werden Polizei-, SS- und Wehrmachtserfahrungen mit Bandenkriegen – d.h. Mord an Juden und Partisanen – und der Bekämpfung von „Zusammenrottungen krimineller Elemente“ unter „maßgeblichen Einfluss der Kommunisten“ weitervermittelt.

Der unmittelbare Aufbau der Bundeswehr sollte mit einer Freiwilligenarmee mit 6000 Soldaten bis März 1956 geschehen. Damit wollte Adenauer erreichen, dass vorwiegend reaktionäre Kräfte zur Armee kommen würden. Doch von den erwarteten 14.000 BGS'ler gingen nur 9512 zur Bundeswehr. Bis Ende 1956 sollte 96.000 Kräfte für die Bundeswehr gewonnen werden. Im Juli 1956 wurde die Wehrpflicht beschlossen. Trotzdem kam die Bundeswehr bis zum Jahresende auf nur 70.000 Soldaten. Der mangelnde Zulauf war auch Ausdruck des Widerstandes gegen den Armeeaufbau.

Die Führung der Bundeswehr war nicht nur von Hitler-Generälen durchsetzt, sondern es gab 1959 keinen einzigen General oder Admiral, der nicht unter Hitler mindestens den Dienstgrad eines Oberst

hatten. Mindestens sieben Admirale oder Generale der Bundeswehr sind abgeurteilte Kriegsverbrecher oder stehen auf alliierten Kriegsverbrecherlisten.  
(in: „Das Wiedererstehen des Militarismus in Westdeutschland 1945-60, Berlin 1962, S.113)

Im Zeitraum von 1960 bis 1990 hat die Bundeswehr an 115 Auslandseinsätzen teilgenommen, ausnahmslos im Rahmen von humanitären Hilfsaktionen z. B. bei Hochwasserkatastrophen, Erdbeben oder Dürrekatastrophen. Das Heer war bei diesen Einsätzen weniger betroffen, die wohl bekannteste Ausnahme war die Erdbebenhilfe in Italien 1981.  
Aber auch 6500 Kriegstechniker der Bundeswehr waren für den US-Krieg gegen Vietnam involviert!

Bis vor kurzem waren die **Wehrmachtsdeserteure** nicht anerkannt. Im Gegenteil: sie galten als vorbestraft!!!

Von den 400 **Bundeswehrkasernen** tragen 1990 häufig Namen von Militaristen aus dem 1. Weltkrieg und koloniale Eroberer oder preußische Generäle, wie z.B. General von Haeseler., der 1893 seine Truppen aufrief:

*„Es ist notwendig, dass unsere Zivilisation ihren Tempel auf Bergen von Leichen, auf einem Ozean von Tränen und auf dem Röcheln von unzähligen Sterbenden errichten“.*

Allein sieben Kasernen trugen den Namen „Hindenburg“, der Hitler die Macht übertrug.  
37 Kasernen tragen Namen von Hitlerfaschisten.

Andere Kasernen tragen Namen von Gebieten Osteuropas, wie Pommernkaserne oder Ostpreußenkaserne.

Nur 11 dieser 400 Kasernen tragen Namen von antifaschistischen Widerstandskämpfer.

Der ehem. Bundesverteidigungsminister Volker Rühle ist stolz auf seine Truppe, und darauf dass  
„ ... viele ehemalige Wehrmachtssoldaten die Bundeswehr aufgebaut haben.“ (FAZ 14.03.97)

gez. Micha

Anhang:

**Lorenz Knorr über die Gründungsgeneräle der Bundeswehr** (Auszug aus VVN-NRW 12.08.08)

### ***Hitlers "Techniker der Entvölkerung" als Vorbilder der Bundeswehr***

*Der ranghöchste General der Anfangszeit war Adolf Heusinger, er gehörte schon vor der Gründung der BRD zu den engsten militärischen Beratern des erzkonservativen CDU-Vorsitzenden Adenauer. Heusinger sprach mit General Speidel bereits 1949 beim Hohen Kommissar der USA, McCloy, vor wegen Begnadigung und Entlassung der als Kriegsverbrecher verurteilten und inhaftierten Hitler-Generäle, "weil sonst die deutsche Wiederaufrüstung blockiert" würde. Von 1957 bis 1961 wirkte Heusinger als Generalinspekteur der Bundeswehr.*

*Über Hitler äußerte sich Reichswehr-Hauptmann Heusinger bereits 1923: "Er ist der von Gott gesendete Mann, der die Deutschen herausführen wird aus ihrer schrecklichen Konstitution" (vgl. Ch. R. Allen, Heusinger of The Fourth Reich, New York 1963, S. 27). Als Ia der Operationsabteilung im OKH und ab 1940 als Hitlers Operationschef konzipierte er fast alle völkerrechtswidrigen Aggressionspläne im militärischen Detail. Bild-Dokumente und Wehrmachts-Urkunden belegen, daß Heusinger zum*

engsten militärischen Beraterkreis Hitlers gehörte und daß er das seltene Privileg des "direkten Vortrags beim Führer" besaß. Mit SS-General Bach-Zelewski war er zuständig für die Partisanenbekämpfung. Diese nützte man für die auf Befehl Hitlers eingeleitete "Technik der Entvölkerung." Ca. 30 Millionen "Juden und Slawen" wollten Nazi-Führung und zuständige Heerführer ausrotten, "um deutschen Lebensraum zu schaffen" bis zur strategischen Linie Archangels/Astrachan. Die infernalischen "Richtlinien für die Bandenbekämpfung" der "Jagdkommandos" verfaßte Heusinger. Hunderttausende waren die Opfer, auch Frauen und Kinder, sowie "Verdächtige", keineswegs nur Partisanen, die ihre Heimat gegen den Aggressor verteidigten. Nach eigenen Memoiren-Bekundungen Heusingers erklärte ihm Hitler, als der Operationschef "ein Kommando an der Front" erbat: "Sie müssen bleiben. Ich kann Sie jetzt nicht entbehren." Was Heusinger zu verantworten hat, ist mehr als Massenmord, es ist ein Fall von Genozid. Eben "Technik der Entvölkerung". Irreführend erkoren interessierte Kräfte ihren Heusinger als "Widerständler".

Zwar verhörten ihn SS und Gestapo nach dem 20. Juli 1944 und verwiesen ihn in einen durchaus luxuriösen "Hausarrest". Dafür entschuldigte sich Hitler bei Heusinger (lt. Heusinger). Im Hausarrest entwarf er den Plan vom "letzten Aufgebot, dem Volkssturm" und verriet den Widerständler General Stieff, der auch hingerichtet wurde. Heusinger am 27. September 1958 vor dem Offizierskorps: "Wir müssen uns an die Vergangenheit erinnern... Laßt uns festhalten an den alten Prinzipien, die wir noch gebrauchen werden" (vgl. Ch. R. Allen).

General Hans Speidel, ebenfalls aus der nicht gerade demokratiefreundlichen Reichswehr kommend, hatte eine zwielichtige Vorgeschichte, als Stabschef im besetzten Frankreich, wo er 500 Geiseln erschießen ließ. Auch für die Deportation von 3000 "Kommunisten und Juden" in Vernichtungslager ist er verantwortlich. Nicht nur in Frankreich war und ist er als "Geiselmörder" bekannt. Präsident de Gaulle verwies ihn 1963 als Oberbefehlshaber von NATO-Mitte/Landstreitkräfte mit 48-Stundenfrist des Landes, als Einzelheiten seiner Verbrechen bekannt wurden. Trotz aller Dementis bestanden französische Zeugen darauf, daß Speidel 1934 an der Ermordung des jugoslawischen Königs Alexander I. und des französischen Außenministers Barthou einem Vertreter eines europäisch-kollektiven Sicherheitssystems kontra Aggressoren konspirativ beteiligt war. Im Südabschnitt der Ostfront sorgte Speidel ab 1942 dafür, daß Heusingers "Bandenbekämpfung" konsequent durchgesetzt wurde: Er gehörte zu den "Technikern der Entvölkerung".

Speidel gab sich als Widerständler aus. Tatsächlich verriet er die Generale Stülpnagel und Hofacker, die hingerichtet wurden, und Marschall Rommel, der zum Freitod genötigt wurde. Die "Wehrkunde" berichtete, daß Speidel maßgeblich dazu beitrug, daß die NATO sein Konzept der "Vorwärtsverteidigung" übernahm!

Ein anderer "Techniker der Entvölkerung" an der Spitze der Bundeswehr ab 1961 war General F. Foertsch, ein verurteilter Kriegsverbrecher! Er exekutierte soweit es möglich war einen der schrecklichsten Führer-Befehle: Leningrad sollte "dem Erdboden gleichgemacht" und die Kultur der Russen im Großraum um Leningrad "ausgelöscht" werden. Mehr als 800.000 Leningrader, meist Frauen und Kinder, gehörten zu den Opfern seiner Befehle. Auch bei der "Bandenbekämpfung" erwarb sich Foertsch hohe Meriten.

Diese drei Generäle mußten vorzeitig ihren Dienst quittieren, als 1963 ein Gerichtsverfahren in Solingen weltweites Aufsehen erregte: Ich hatte sie als "Massenmörder" bezeichnet und dies im Detail mit schlüssigen Dokumenten belegt (die natürlich auch den Bonner Herren bekannt waren).

Nachfolger von Heusinger und Foertsch wurde H. Trettner. Als Offizier der Legion Condor beteiligte er sich an der völkerrechtswidrigen Bombardierung von Guernica. 1940 verantwortete er die Bombardierung der offenen Stadt Rotterdam während eines vereinbarten Waffenstillstandes, Auf Kreta, im Raum Smolensk und später in Italien war er maßgeblich an der "Bandenbekämpfung" beteiligt. Wegen Differenzen mit dem Minister betreffend "Traditionspflege" schied er 1966 aus dem Amt.

### **"Uniformierter Schrumpfkopf" als Bildungsziel?**

Es ist nur folgerichtig, daß diese und andere Hitler-Generäle 1966 in der "Generals-Denkschrift" die atomare Bewaffnung der Bundeswehr forderten. Was durch Aggressionen und Kriegsverbrechen ver-

loren war, trachteten sie zurückzuerobern auch mit dem Risiko des atomaren Holocaust. Es war jedoch keineswegs nur Militarismus, Revanchismus, Rassismus und Nationalismus nach außen, also insgesamt Rechtsextremismus, was die Haltung der Generäle kennzeichnete. Autoritäre Praktiken, Militarismus und Demokratiefindlichkeit nach innen ergänzte dieses skrupellose Abenteuerum. Beim Streit um die Notstandsgesetze, dem "Kriegsrecht in Friedenszeiten", drängten die Generäle die politisch Verantwortlichen. Sie wollten die Zivilgesellschaft ihren traditionellen "militärischen Notwendigkeiten" unterwerfen. Zum doppelten Skandal entwickelte sich 1964 der Bericht des Wehrbeauftragten Admiral a. D. Heye/CDU. Nach Kenntnis des Innenlebens der Truppe warnte er vor dem "uniformierten Schrumpfkopf". Heye: "Wenn wir das Ruder jetzt nicht herumwerfen, entwickelt sich die Bundeswehr zu einer Truppe, wie wir sie nicht gewollt haben. Der Trend zum Staat im Staate ist unverkennbar". Heye kritisierte das "Herrenmenschen-Denken" bei vielen Offizieren und die Praxis, den Willen der Soldaten permanent zu brechen. Die ranghohen militärischen Berater des Ministers seien Gegner des "Staatsbürgers in Uniform". Die Betroffenen in Politik und Bundeswehr entfachten mit Hilfe regierungskonformer Medien eine Hetzjagd auf den seriösen Kritiker. Er mußte den Hut nehmen, nicht die "Traditionalisten" in der Bundeswehr! Aus dem Blickwinkel rechtskonservativer Kräfte schien das völlig normal, was die Ewiggestrigen in der Bundeswehrführung kontra "Staatsbürger in Uniform" praktizierten. Dies zu realisierende Postulat degenerierte längst zu einem die Realität vernebelnden Aushängeschild.

Einer der erklärten Hauptwidersacher des "Staatsbürgers in Uniform", der für Erziehung und Bildung verantwortliche General Karst publizierte nach seiner Pensionierung 1970 in rechtslastigen Schriften.

Symptomatisch war die Denkschrift des Heeresinspektors General Schnez. Er agierte einst als hoher Hitlerjugend-Führer und als "150prozentiger Nazi". "Politische und militärische Führung müssen sich klar und deutlich zur deutschen Soldatentradition bekennen", forderte er 1970. Zu dieser Tradition gehören außer Soldatenschinderei, Rassismus und Untertanenmentalität bekanntlich auch die Vernichtungskriege und schwerste Kriegsverbrechen! Schnez verlangte nicht nur für die Bundeswehr, sondern auch für die Gesellschaft "eine Reform an Haupt und Gliedern". Wollte er den "großen Generalstab" alter Zeiten in einem parlamentarisch nicht mehr kontrollierten autoritären Staat? Schnez blieb im Amt! Die "alten Kameraden" stützten ihn, auch gegen den Minister. General Grashey, Stellvertreter von Schnez, hielt vor der Bundeswehr-Führungsakademie einen schneidigen rechtslastigen Vortrag, der öffentliches Aufsehen und auch interne Kritik auslöste. Er mußte gehen. Ebenso die Generale Franke und Krupinski, die den SPD-Politiker Wehner öffentlich diffamierten. Dafür durfte Heeresinspekteur General Hildebrandt bleiben, obwohl er 1975 an einer Siegesparade des spanischen Diktators Franco in Uniform mit Orden teilnahm. Die militärische Zerschlagung der spanischen Demokratie war der Bonner Generalität offenbar der Ehrung wert. Und die Bundesregierung schluckte es. Der Kanzler hieß damals Helmut Schmidt und der zuständige Minister war Georg Leber, beide SPD. Mit dieser "Macht in der Demokratie" wollte man sich nicht anlegen! "Diese Generäle haben die heutige mittlere Offiziersgeneration ausgebildet und ihren Geist geprägt", schrieb der SPD-Militärexperte Horn/MdB 1974. Die "Generäle spielen wenigstens in Gedanken mit ... Verfassungsbruch". Bekanntlich gab es eine Reihe von Offizieren, die als Funktionsträger der NPD wirkten. In den Garnisonen der Bundeswehr waren und sind die Stimmanteile rechtsextremer Parteien drei- bis viermal so hoch wie im Durchschnitt. Bundeswehroffiziere nahmen von Anfang an in Uniform an Treffen militaristischer Traditionsverbände teil. Die Benennung von Kasernen nach Kriegsverbrechern, Hitler-Freunden und anderen Demokratiefinden ist ebenso bekannt wie rechtslastige Verlage als Zulieferer für Bundeswehribibliotheken. Das Traditionsverständnis der Hitler-Generäle und der von ihnen Geprägten setzte sich durch. Die Prozesse wegen unmenschlicher "Ausbildungspraktiken" unterer Dienstgrade, die "knallharte Jawoll-Sager" heranbilden wollten, trafen nicht die tatsächlich Verantwortlichen.

Bevor es eine parlamentarische und öffentliche Debatte oder Festlegung der Rolle des größer gewordenen Deutschland in der weltpolitischen Arena gab, preschten Generäle vor, geprägt von den alten Traditionalisten. Ihr Verständnis von Staat, Demokratie und der Funktion der Streitkräfte zeigten sie, als sie die "Verteidigungspolitischen Richtlinien" formulierten. Diese sind zwar politisch vom zuständigen Minister zu verantworten. Jedoch gaben die Spitzenmilitärs etwas genauer das vor, was die CDU/CSU-Fraktion am 15. Januar 1993 also 15 Monate nach dem 1. Generalsentwurf in einem zunächst gescheiterten Antrag auf Grundgesetzänderung fixierten. Den Primat der Politik sowie grund-

gesetzliche und völkerrechtliche Verpflichtungen ignorierend was bei deutschen Generälen kein Novum ist, legten die goldbetreßten Herren einige Prinzipien der neuen Globalstrategie fest. An die Stelle des Verteidigungsauftrages setzten sie weltweite militärische Interventionen. Zugleich begann der Umbau der Bundeswehr auf "Krisenreaktionskräfte" für Aktionen "out of area" und nicht mehr benötigte Heimatverteidigungskräfte. "Putschistisches Verhalten" nannte ein Friedensforscher diese Praxis. Der von Bundeskanzler Kohl protegierte Generalinspekteur Klaus Naumann schrieb bereits in 11/1991 der "Information für die Truppe": Die Bundeswehr habe nun "für Einsätze auch außerhalb des Bündnisgebietes zur Verfügung zu stehen, soweit es deutsche Interessen gebieten". Was deutsche Interessen sind, legte die Generalität fest. Sie bleiben in den Spuren der "Techniker der Entvölkerung". Zitiert nach dem "Spiegel" schrieb General Naumann: "Nicht mehr reagierend verhalten, sondern agieren bis hin zum präventiven Handeln"! Den "Erstschlag" schloß er nicht aus!

Die Umsetzung solcher Vorgaben in der "Truppenpraxis" 2/3-1996 und in der Ausbildung der Soldaten mußte folgen. Nach traditionellem Muster erkennt man den Feind als "rohe und barbarische Krieger", die zu jeder "Grausamkeit ... fähig sind", während die "Soldaten der westlichen Demokratien" mit ihren "moralischen Prinzipien" dementsprechend eingreifen. So wird der "uniformierte Schrumpfkopf" ausgebildet: Die Gewaltverbrechen der deutschen Wehrmacht oder die der USA in Vietnam und anderswo bleiben ausgeblendet; jene, die für ihre Emanzipation kämpfen und ihre Rohstoffe in eigener Verfügung behalten wollen, sind die "kleinen bösen Männer"!

Angesichts dieser unvollständigen Auflistung von Skandalen in der von Kriegsverbrechern geprägten Bundeswehr sind die in letzter Zeit bekannt gewordenen rechtsextremen Exzesse nur die Spitze eines Eisbergs. Bei allem Respekt vor den Dienstgraden des "Darmstädter Signals" und anderer demokratischer Soldaten: Wenn der Fisch stinkt beginnt es beim Kopf! sagt der Volksmund. Die jahrzehntelange rechtskonservative und deutschnationale Beeinflussung der Streitkräfte sowie die Duldung und Vertuschung rechtsextremer Praktiken sind nicht in einem Akt zu beseitigen. Aber ein Anfang wäre zu machen. Nur eine informierte und kritische Öffentlichkeit sowie gezielte antimilitaristische Aktionen können die Wende einleiten.